

# österreich

## Österreich-Bild



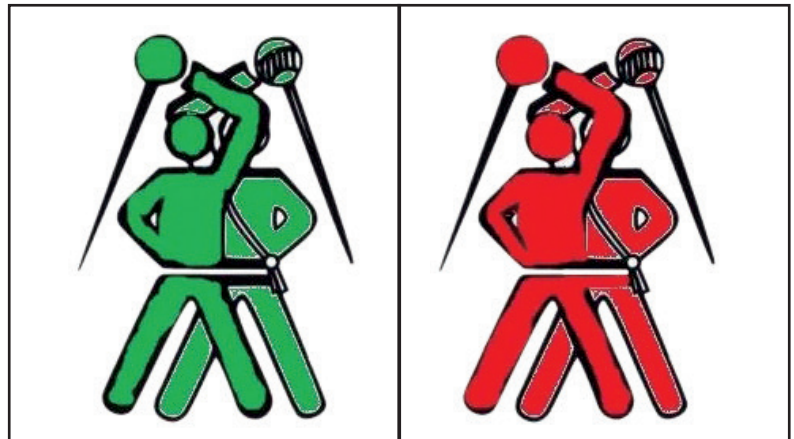
JOSEF KALINA

**G**rantler, Misanthropen, Negativisten aufgepasst (sind ja überwiegend Männer, daher absichtlich kein Binnen-I): Wer kurz vor dem D-Day schlecht über den Song Contest spricht, könnte sich zumindest böse Blicke einhandeln. Denn fast 70 Prozent der Landsleute erwarten sich durch das Wettsingen in Wien eine Verbesserung von Österreichs Image im Ausland. Darin sind sich Männer und Frauen, Alt und Jung und alle Bildungsschichten einig. Einzig im Westen Österreichs ist man nicht ganz sooo überzeugt. Die Zustimmung sinkt hier auf 55 Prozent, und ein glattes Viertel findet das bunte Treiben in der Stadthalle sogar schädlich für Österreichs Ansehen.



AP/WOLAND SCHLAGER (2)

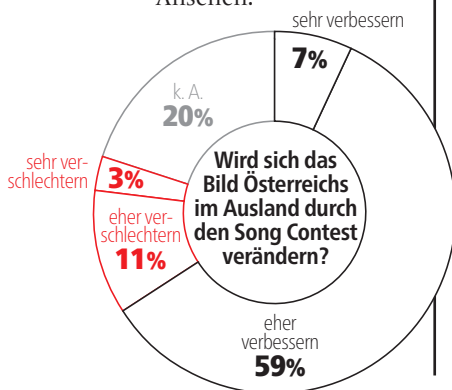
## MANN, OH MANN



**E**in PR-Erfolg kann Missgunst wecken. Dass die Verkehrsampeln in Wien an ausgewählten Standorten vorübergehend mit herzigen Pärchen in diversen Konstellationen – Mann-Frau, Frau-Frau, Mann-Mann – aufleuchten, bescherte dem Austragungsort des diesjährigen Song Contest beachtliche internationale Aufmerksamkeit. Sogar die „Washington Post“

berichtete darüber. Die deutschnationale Burschenschaft „Bruna Sudetia“, die sich im achten Wiener Gemeindebezirk trifft, würde von dem Glanz offenbar gern etwas abbekommen und brachte via Facebook ein schlagendes Pärchen in Umlauf: ohne Herz, dafür mit Säbeln – so wie es die neidigen, schneidigen Burschen gern haben.

J. W.



## Roaming-Schande

**D**ie vom EU-Parlament für 2016 geplante Abschaffung der Roaminggebühren für Telekom-Dienste in der EU wackelt. Nach einem von der „Bild“-Zeitung veröffentlichten Geheimpapier wollen die EU-Minister – im Gegensatz zum Parlament – nur

50 Minuten pro Jahr zu Inlandstarifen abgerechnet wissen, für Gespräche, die darüber hinausgehen, würden Gebühren in bisheriger Höhe fällig. EU-Abgeordneter Paul Rübig (ÖVP), der maßgeblich an der Senkung der Gebühren beteiligt war, hält am Beschluss

des EU-Parlaments für eine Abschaffung der Roaminggebühren fest. EU-Abgeordnete Viviane Reding, früherer zuständige EU-Kommissarin, sprach von einer „Schande“: EU-Minister hätten beschlossen, „den Leuten weiter das Geld aus der Tasche zu ziehen“.

O. L.